



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens, Nr. 16

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens

Nr. 16

Verantwortlich: Carl Georg Bruns
Schriftleitung: Bromberg, Welzienplatz 1 III
Fernruf Nr. 321

25. Juni 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Zur Stunde. Aus der feindlichen Mantelnote. Die Volksratsbewegung — Aus den deutschen Volksräten — Kleine Nachrichten.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Zur Stunde

Mehr als sieben Monate hat das deutsche Volk seit Beendigung der kriegerischen Handlungen darauf warten müssen, daß der Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden in einem endgültigen Frieden seinen Abschluß finden sollte. Nun haben wir den Abschluß, aber nach langer qualvoller und zermürbender Wartezeit bedeutet er nichts anderes, als eine neue Frage an die Zukunft.

Wenn diese Zeilen gedruckt sein werden, dann ist in Weimar die Entscheidung darüber gefallen, was wir den Forderungen der Feinde entgegensetzen werden. Mit kaum erträglicher Spannung wartet die deutsche Ostmark auf die einzige Antwort, die unseren Gegnern gebührt. Unser Standpunkt ist klar. Die Antwort ist mit den Bedingungen der Gegner bereits gegeben. Sie kann nur lauten „Nein“. Es scheint uns unmöglich, daß feierliche Erklärungen der Regierung und der Parteien gebrochen werden sollten jetzt, wo es sich zeigen soll, daß hinter den Worten auch der unbeugsame Wille zur Tat stand. Machen wir uns noch einmal die Lage klar. Die Gegenvorschläge, die die deutsche Regierung auf die ersten Friedensbedingungen der Entente formuliert hatte, waren ein unteilbares Ganzes, sie stellten zugleich das äußerste Maß des Entgegenkommens dar, zu dem die Regierung bereit war. Gewiß, das Unannehmbar der Regierung und Nationalversammlung nach dem Bekanntwerden der Bedingungen bezog sich auf „diesen“ Friedensvertrag, und es wäre vielleicht ein Fall denkbar gewesen, indem man darüber hätte streiten können, ob die endgültigen Bedingungen sich von „diesen“ Bedingungen soweit entfernten hätten, daß man berechtigt sei, in die Erwägung der Annahme der neuen Bedingungen einzutreten. Aber in ihrem blinden Vernichtungswillen hat die Entente uns die Entscheidung leicht gemacht. Die neuen Bedingungen sind „diese“ Bedingungen, deren Unannehmbarkeit für Regierung und Nationalversammlung fraglos feststand. Es ist hier nicht nötig, in eine Erörterung der wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen der Antwort unserer Gegner einzutreten. Uns und jedem Deutschen genügt eins: Bei den Bestimmungen über die Ostmarken besteht die einzige beachtenswerte Änderung in der Zuzilligung einer Abstimmung in Oberschlesien. Aber es soll nach dem Willen der Entente dabei bleiben, daß Posen und Westpreußen bedingungslos an den Polenstaat abzutreten sind. Und wenn die Entente in allen anderen Punkten restlos auf die deutschen Gegenvorschläge eingegangen wäre, diese Forderung allein macht es für jede deutsche Regierung zur unabweisbaren Pflicht, dem Friedensvorschlag der Gegner ein durch nichts zu erschütterndes „Nein“ entgegenzusetzen.

Wohl will uns die Größe der Verantwortung für die Entscheidungen, die sich aus diesem „Nein“ ergeben, zu Boden drücken. Und doch! Fast kommt es uns an wie ein leises Aufatmen nach dem Druck der vergangenen Wochen. Wir waren bereit, bis zum äußersten entgegenzukommen. Die Ostmarken blieben fest hinter der Regierung stehen, obwohl es uns allen wie ein Verrat an uns selbst und unseren Brüdern in den Ostmarken vorgekommen ist, daß wir einwilligen sollten in die Abtretung auch nur eines Zolls deutschen Bodens. Wir haben nie zugeben können, daß es innerhalb der deutschen Reichsgrenzen Gebiete gäbe, die einen unzweifelhaft polnischen Charakter tragen. Wir haben stets auf dem Standpunkt gestanden, daß die Ostmarken als Ganzes genommen ihrer geographischen, wirtschaftlichen und kulturellen Struktur nach zum deutschen Reich gehören, und daß sie im übrigen weder rein deutsch noch rein polnisch sind. Aber wir waren uns der Verantwortung gegen unsere Volksgenossen bewußt. Wir waren bereit, wenn auch mit blutendem Herzen, Opfer zu bringen, wenn ohne sie es nicht möglich war, das deutsche Reich vor schwerer Not zu bewahren. Aber wir taten das nicht freien Herzens. Es blieb der bohrende Gedanke: Haben wir denn ein Recht, Treue zu verlangen vom deutschen Volke zur deutschen Ostmark, wenn die deutsche Ostmark sich selbst nicht die letzte Treue hält?

Dieser inneren Qual sind wir jetzt enthoben. Wir wissen wieder, und wir wollen dieses Wissen nie verlieren, daß die deutschen Ostmarken zusammengehören. Und dafür sind wir dankbar, daß es uns erspart geblieben ist, deutsches Volkstum zu verraten. Denn es wäre Verrat gewesen, wenn er auch begangen wäre unter dem schweren Druck der Not, unter dem tiefen Gefühl der Verantwortung gegenüber dem gesamten deutschen Volke.

Was wird nun werden? Seien wir nicht leichtfertig, sagen wir nicht, daß wir froh sind, nun herauszukommen aus der Ungewißheit in die Zeit der frischen Entschlüsse. Nein, seien wir nüchtern und ehrlich, und gestehen wir es uns zu, daß wir vor einer Zukunft stehen, deren Dunkel kein menschliches Auge zu durchdringen vermag. Aber diese Einsicht wird uns nicht kraftlos machen. Tausendmal haben wir es uns geschworen, das Letzte einzusetzen für unser deutsches Volkstum. Vor uns und der ganzen Welt wären wir ehrlos, wenn wir jetzt, wo die Schicksalsfrage in ihrer ganzen nackten Wirklichkeit an uns herantritt, feige es nicht wagen würden, die Folgerungen aus unseren Schwüren zu ziehen. Wir wissen es nicht, was kommen wird. Aber eins wissen wir: daß nur das Volk untergeht, das sich selber aufgibt. Und es kann keine schlimmere Form des Selbstverleugerns gedacht werden, als die Untreue gegen sich selbst. Sieben Wochen lang haben wir erklärt: nein niemals. Und all das soll Lüge, hohle Geste, Worte, geboren aus Furcht, die eigene Schwäche und den eigenen fehlenden Willen zum Leben zu verdecken, gewesen sein?

Wohl mag auch unser uns Ostmarkendeutschen manch einer gewesen sein, der sich gefragt hat, ob es nicht richtiger sei, weichend vor der Not den Vertrag zu unterzeichnen und mit der Unterzeichnung das Gelübde zu tun, nur ein Ziel zu kennen; diesen Vertrag zu zerreißen, sobald es möglich sei. Aber in unserer überwiegenden Mehrheit haben wir den Mut zu diesem Spiel nicht finden können. Wir haben es mit deutscher Ehre und deutscher Sittlichkeit für unvereinbar gehalten, zuzugeben, was wir innerlich nie hätten zugeben können. Und aus dieser Überzeugung heraus sind wir im vollen Gefühl seiner Bedeutung zu dem Entschluß gekommen, nie in die Preisgabe der deutschen Ostmarken, und sei es auch nur durch eine Unterschrift, einzuwilligen. Es wäre etwas, von dem unsere deutsche Seele sich schwer würde erholen können, einsehen zu müssen, daß diese Wochen, in denen wir uns in dem Willen zur Erhaltung unseres Deutschlands wiedergefunden haben zu deutscher Einheit und deutschem Gemeinschaftsgefühl, nichts anderes gewesen wären, als der Rausch eines Mannes, der es nicht wagt, nach dem Zusammenbruch seiner alten Existenz mit neuem Entschluß ein neues Dasein anzufangen, sondern der sich in Trunke über seine wahre Lage hinwegtäuscht, um dann schließlich eines Tages, wenn das kalte Elend ihn angrinst, doch zur Pistole zu

greifen, um einem Leben, das deshalb verpfuscht war, weil kein Wille es mehr auf neue Bahnen bringen konnte, durch eine Kugel selbst ein Ende zu machen.

Wir wissen nicht, was kommen wird, aber die Zeit der Bedenken liegt hinter uns. Wir haben nur das eine Ziel, unser Deutschtum zu erhalten mit jedem Mittel, das deutscher Wagemut zu ersinnen weiß. Wir sind bereit, in jeder Not zusammenzutreten mit dem ganzen deutschen Volke, denn wir wissen, daß unser Ostmarkendeutschtum nur ein Zweig ist am Baume des großen deutschen Volkstums. Und wenn wir in dieser Stunde tiefer als je empfinden, daß alles, was wir sind und alles, was unserem Leben Bedeutung und Weihe verleiht, wir unserem deutschen Volkstum verdanken, dann können wir nur den einen Gedanken haben, wie bisher so auch in Zukunft den Lebenssaft zu ziehen aus dem Zusammenhang mit dem ganzen deutschen Volkstum.

Aber auch das deutsche Volk muß wissen, daß es seinen Leib verstimmt, wenn es uns preis gibt, und daß unsere Treue zum Deutschen Reich ihre Grenze findet an der Treue zum deutschen Volkstum.

Aus der feindlichen Mantelnote

Wir geben nachstehend einen etwas ausführlichen Auszug aus der Mantelnote, um den Geist, aus dem sie entstanden ist, zu zeigen:

Paris, den 16. Juni 1919.

Herr Präsident!

Die alliierten und assoziierten Mächte haben mit der ernstesten Aufmerksamkeit die Bemerkungen über die Friedensbedingungen geprüft, welche ihnen die deutsche Delegation hat zugehen lassen.

Die deutsche Antwort protestiert gegen den Friedensvertrag, weil er einmal im Widerspruch stehen soll mit den Bedingungen, welche die Grundlage des Waffenstillstandes vom 11. November gebildet haben, und weil er ferner ein Gewaltsfriede und nicht ein Rechtsfriede sein soll. Der Protest der deutschen Delegation beweist, daß diese die Lage verkennt, in der sich Deutschland heute befindet. Die deutsche Delegation scheint zu meinen, daß Deutschland nur „einige Opfer zu bringen hat, um den Frieden zu erlangen“, als wenn dieser Friede einzig und allein der Abschluß eines Kampfes um den Gewinn von Territorien und Macht wäre. Infolgedessen halten es die alliierten und assoziierten Mächte für notwendig, ihre Antwort mit einer genauen Darlegung ihres Urteils über den Krieg zu beginnen, eines Urteils, welches tatsächlich das der Gesamtheit der zivilisierten Welt ist.

I. Nach der Meinung der alliierten und assoziierten Mächte ist der Krieg, der am 1. August 1914 ausgebrochen ist, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und die Freiheit der Völker gewesen, welches je eine Nation, die sich als eine zivilisierte betrachtet, bewußt unternommen hat. Während langer Jahre haben die Machthaber Deutschlands, der preußischen Tradition getreu, ihre Anstrengungen vervielfacht, um sich in Europa die Hegemonie zu sichern. Sie haben sich keineswegs mit der Wohlfahrt und dem wachsenden Einfluß begnügt, welchen Deutschland mit Recht für sich beanspruchen konnte und welchen alle anderen Nationen gewollt waren, ihm in der Gesellschaft freier und gleichberechtigter Völker zuzuerkennen. Sie haben sich in die Lage versetzen wollen, ein geknechtetes Europa ebenso zu beherrschen und zu tyrannisieren, wie sie ein geknechtetes Deutschland beherrscht und tyrannisiert haben. Um ihr Ziel zu erreichen, haben sie mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln die Sinnesrichtung ihrer Untertanen zu der Doktrin erzogen, daß in den internationalen Angelegenheiten Macht Recht ist. Sie haben niemals aufgehört, die Rüstungen Deutschlands zu Lande und zu

Wasser zu entwickeln und die lügnerische Behauptung zu verbreiten, daß eine solche Politik notwendig sei, weil die Nachbarn Deutschlands auf seinen Wohlstand und seine Macht eifersüchtig seien. Sie haben versucht, anstatt Freundschaft, Feindschaft und Mißtrauen zwischen den Nationen zu säen. Sie haben ein Spionage- und Intrigensystem entwickelt, welches sie in den Stand gesetzt hat, innere Unruhen und Revolten hervorzurufen und sogar geheime Angriffsvorbereitungen auf dem Territorium ihrer Nachbarn zu treffen, um im gegebenen Augenblick sie mit mehr Sicherheit und Leichtigkeit vernichten zu können. Sie haben Europa durch Gewaltandrohungen in einem Zustand der Gärung erhalten, und als sie festgestellt haben, daß ihre Nachbarn entschlossen waren, ihren anmaßenden Plänen Widerstand zu leisten, haben sie sich entschlossen, ihre Vorherrschaft durch Gewalt zu begründen, sobald ihre Vorbereitungen beendet waren. Sie haben einen unterwürfigen Verbündeten ermutigt, Serbien den Krieg binnen 48 Stunden zu erklären, diesen Krieg, dessen Ziel die Kontrolle über den Balkan war. Sie wußten sehr wohl, daß sich derselbe nicht lokalisieren lasse und den allgemeinen Krieg entfesseln werde. Um diesen allgemeinen Krieg doppelt sicher zu machen, haben sie sich jedem Versuche der Verhandigung und der Konferenz entzogen, bis es zu spät war und der Weltkrieg unvermeidlich geworden ist, jener Weltkrieg, den sie geplant hatten und für den Deutschland allein in den Nationen vollständig gerüstet und vorbereitet war. Die Verantwortlichkeit Deutschlands beschränkt sich aber nicht auf die Tatsache, den Krieg gewollt und entfesselt zu haben. Deutschland ist in gleicher Weise für die wilde und unmenschliche Art verantwortlich, in der es den Krieg geführt hat.

Wiewohl Deutschland selbst einer der Garanten Belgiens war, haben seine Machthaber die Neutralität dieses durchaus friedlichen Volkes verletzt, nachdem sie feierlich versprochen hatten, sie zu respektieren. Nicht genug damit, haben sie geflüchtig eine Reihe von Hinrichtungen und Brandstiftungen vorgenommen, einzig und allein in der Absicht, die Bevölkerung zu terrorisieren und sie durch den Schrecken ihrer Taten irre zu machen. Die Deutschen waren es, die zuerst giftige Gase angewandt haben, trotz der furchtbaren Leiden, die dieselben herbeiführen mußten. Sie waren es, die mit den Bombenabwürfen auf Städte und den Fernbeschießungen derselben angefangen haben und zwar ohne militärischen Grund, einzig und allein in der Absicht, die Moral ihrer Gegner dadurch zu erschüttern, daß sie Frauen und Kinder trafen. Sie waren es, die die Tauchbootkampagne begannen, eine seeräuberische Mißachtung des Völkerrechtes, und so eine große Anzahl unschuldiger Passagiere und Seeleute mitten im Weltmeere, fern von jeder Hilfe, Wind und Wellen und, schlimmer noch, den Besatzungen der Tauchboote preisgegeben, zum Tode verurteilten. Sie waren es, die mit brutaler Wildheit Tausende von Männern und Frauen zur Sklaverei in fremde Länder weggeschleppt haben. Sie waren es, die hinsichtlich der Kriegsgefangenen, welche sie gemacht hatten, eine barbarische Behandlung, vor welcher die am wenigsten zivilisierten Völker zurückgeschreckt wären, zugelassen haben. Die Haltung Deutschlands ist fast ohne Beispiel in der Geschichte der Menschheit. Die schreckliche Verantwortung, welche auf ihm lastet, läßt sich in der Tatsache zusammenfassen, daß wenigstens sieben Millionen Tote in Europa in der Erde schlummern, während mehr als zwanzig Millionen Lebende durch ihre Wunden und ihre Leiden Zeugen dafür sind, daß Deutschland durch den Krieg seine Leidenschaft für die Gewaltherrschaft hat befriedigen wollen. Die alliierten und assoziierten Mächte glauben, daß sie die Schuldner derjenigen bleiben würden, welche alles hingegeben haben, um die Freiheit der Welt zu retten, wenn sie einwilligten, in diesem Kriege nicht ein Verbrechen gegen die Menschheit und gegen das Recht zu erblicken. Diese Auffassung der alliierten und assoziierten Mächte ist mit voller Deutlichkeit schon während des Krieges von den führenden Staatsmännern dieser Mächte Deutschland dargelegt worden. Sie ist von dem Präsidenten Wilson in seiner Rede vom 6. April 1918 definiert worden und ausdrücklich und im einzelnen von dem deutschen Volke als ein den Frieden leitendes Motiv angenommen

worden: „Mögen alle unsere Worte, meine Mitbürger, mögen alle unsere zukünftigen Pläne und alle unsere Handlungen mit dieser Antwort im Einklang stehen, bis daß die Majestät und die Kraft unserer vereinten Mächte den Geist derer durchdringen und die brutale Kraft derer vernichten, welche, was wir lieben und ehren, verspotten und verachten. Deutschland sagt erneut, daß die Kraft und nur die Kraft entscheiden wird, ob Gerechtigkeit und Frieden die Angelegenheiten des Menschengeschlechts sichern sollen, ob das Recht, so wie Amerika es versteht, oder die Hegemonie, so wie Deutschland sie versteht, die Geschicke der Menschheit leiten soll. Da gibt es wohl für sie nur eine einzige Antwort: Die Macht, die Macht bis zum Äußersten, die Macht ohne Grenzen und ohne Ende, die richtende und triumphierende Macht des Rechts, die das Recht zum Gesetz der Welt macht und jede Gewalt Herrschaft zu egoistischen Zwecken in den Staub zwingt.“

Die gleiche Haltung ist deutlich zum Ausdruck gekommen in einer Rede des Premierministers von Großbritannien vom 14. Dezember 1917: „Es gibt keine Sicherheit in irgendeinem Lande, wenn die Strafe nicht mit Gewißheit folgt. Es existiert kein Schutz für das Leben, für Gut und Geld in einem Staate, wo der Verbrecher mächtiger ist als das Recht. Das internationale Recht bildet keine Ausnahme und so lange man ihm nicht Genugtuung gewährt hat, wird der Frieden der Welt immer jeder Nation auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein, der ihre Lehrmeister unaufhörlich den Glauben lehren, daß kein Verbrechen so lange strafbar ist, als es die Größe und die Bereicherung des Landes zum Gegenstand hat, dem jene Lehrmeister untertan sind. In der Weltgeschichte hat es zuweilen verbrecherische Staaten gegeben. Wir haben in diesem Augenblick mit einem solchen Staate zu tun. Es wird immer verbrecherische Staaten geben bis zu dem Augenblick, wo die Früchte, die ein internationales Verbrechen einbringt, zu fragwürdig sein werden, um Nutzen zu bringen, und wo die Bestrafung eines internationalen Verbrechens zu sicher sein wird, als daß dieses Verbrechen noch Anziehungskraft haben könnte.“ Dasselbe Prinzip ist deutlich dargelegt worden in einer Rede des Herrn Clemenceau vom 17. September 1918: „Was wollen sie (die französischen Soldaten), was wollen wir, wir selbst? Kämpfen ohne Unterlaß und siegreich kämpfen bis zu der Stunde, wo der Feind begreifen wird, daß kein Kompromiß möglich ist zwischen einem solchen Verbrechen und der Gerechtigkeit. Wir suchen nur den Frieden und wir wollen ihn gerecht und dauerhaft, damit die künftigen Generationen gerettet seien von den entsetzlichen Zuständen der Vergangenheit.“ Desgleichen hat Herr Orlando am 3. Oktober 1918 erklärt: „Wir werden den Frieden erhalten, wenn unsere Feinde anerkennen, daß die Menschheit das Recht und die Pflicht hat, sich gegen den Fortbestand der Ursachen zu sichern, welche dieses entsetzliche Blutvergießen hervorgerufen haben, und daß das Blut, das von Millionen Menschen vergossen ist, nicht nach Rache schreit, sondern die Erfüllung des hohen Ideals verlangt, für welches dieses Blut edelmütig vergossen ist. Selbst wenn es sich um eine gerechtfertigte Anwendung des Wiedervergeltungsrechts handeln sollte, so denkt niemand daran, Methoden brutaler Gewalt, anmaßender Herrschaft, oder Erstickung der Freiheit eines Volkes anzuwenden, das heißt, eine Methode und eine Politik, welche die ganze Welt gegen die Zentralmächte aufgebracht haben. Aber die ganze Welt wird anerkennen, daß es zur Wiederherstellung der moralischen Ordnung nicht genügt, daß derjenige, dem ein schändliches Unternehmen mißlingt, erklärt, er habe auf seinen Plan verzichtet. Die Fragen, die in ihrem Wesensinhalt selbst das friedliche Leben der Nationen berühren, müssen, wenn sie einmal gestellt sind, die Lösung finden, welche die Gerechtigkeit fordert.“

Also ist die Gerechtigkeit die einzig mögliche Basis zur Begleichung der Rechnung dieses schrecklichen Krieges. Gerechtigkeit ist es, was die deutsche Delegation verlangt, und was nach Erklärung dieser Delegation Deutschland versprochen sein soll. Gerechtigkeit soll Deutschland werden. Aber es muß eine Gerechtigkeit für alle sein. Es muß Gerechtigkeit sein für die Toten, für die Verwundeten, für die Waisen, für alle, die in Trauer sind. Damit Europa von

dem preußischen Despotismus befreit werde, ist es nötig, daß Gerechtigkeit den Völkern werde, welche heute unter einer Last von Kriegsschulden zusammenbrechen, die sich auf mehr als dreißig Milliarden Pfund Sterling beläuft und die sie auf sich genommen haben, um die Freiheit zu retten. Gerechtigkeit muß den Millionen Lebenden werden, denen deutsche Barbarei Heim, Land, Schiffe und Gut geplündert und zerstört hat. Deswegen haben die verbündeten und assoziierten Regierungen mit Nachdruck erklärt, daß Deutschland als Vorbedingung des Vertrages ein Werk der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit übernehmen muß; denn die Wiedergutmachung der Schäden, die man verursacht hat, ist das Wesen der Gerechtigkeit. Aus diesem Grunde bestehen sie darauf, daß die Personen, die für den deutschen Angriff sowie für die Akte der Barbarei und Unmenschlichkeit, die deutscherseits die Kriegführung entehrt haben, am offenfundigsten verantwortlich sind, einer Gerechtigkeit überliefert werden, die ihnen gegenüber bisher im eigenen Lande nicht zur Anwendung gebracht worden ist. Aus diesem Grunde muß sich Deutschland auch für einige Jahre gewissen Beschränkungen und gewissen Sonderabmachungen unterwerfen.

.....

In Anwendung dieser Prinzipien haben die alliierten und assoziierten Mächte Vorkehrungen getroffen, um Polen als unabhängigen Staat wiederherzustellen, mit „einem freien und sicheren Zugang zum Meere“. Alle die „Territorien, welche von unzweifelhaft polnischer Bevölkerung bewohnt sind“, sind Polen zuerkannt worden; alle die Territorien, welche von einer deutschen Mehrheit bewohnt sind, außer einigen isolierten Städten und einigen Kolonien, welche auf füglich mit Gewalt exproprierten Ländern errichtet sind und mitten in unzweifelhaft polnischen Gebieten liegen, sind Deutschland überlassen worden. Überall, wo der Volkswille zweifelhaft ist, ist eine Volksabstimmung vorgesehen worden. Die Stadt Danzig wird die Verfassung einer Freistadt erhalten. Ihre Einwohner werden autonom sein; sie werden nicht unter der Herrschaft Polens sein und keinen Teil des polnischen Staates bilden. Polen wird gewisse wirtschaftliche Rechte in Danzig erhalten. Die Stadt selbst ist von Deutschland abgetrennt worden, weil es keine andere Möglichkeit gab, um jenen „freien und sicheren Zugang zum Meere“ zu schaffen, welchen Deutschland abzutreten versprochen hatte.

Die deutschen Gegenanschläge widersprechen vollkommen der Grundlage, die für den Friedensschluß angenommen wurde. Sie laufen darauf hinaus, daß starke Mehrheiten von unzweifelhaft polnischer Bevölkerung unter der Herrschaft Deutschlands behalten werden. Sie verweigern einen freien Zugang zum Meere einer Nation von mehr als zwanzig Millionen Einwohnern, deren Landsleute den ganzen nach der Küste führenden Weg entlang in der Majorität sind, um die Landverbindungen zwischen Ost- und Westpreußen aufrechtzuerhalten, deren Verkehr sich immer in erster Linie über Meer abgewickelt hat. Diese Gegenanschläge können daher von den alliierten und assoziierten Mächten nicht angenommen werden. Jedoch hat die deutsche Note eine Berichtigung gerechtfertigt, welche auch stattfinden wird. Unter Berücksichtigung der Versicherung, daß Oberschlesien, obgleich von einer Mehrheit Polen im Verhältnis 2:1 bewohnt (eine Million zweihundertfünzigtausend gegen sechshundertfünzigtausend nach der deutschen Volkszählung von 1910), deutsch bleiben will, willigen die Mächte darin ein, daß die Antwort auf die Frage, ob Oberschlesien einen Teil Deutschlands oder Polens bilden soll, durch die Abstimmung der Einwohner selbst entschieden werde.

.....

Die feindliche Mantelnote schließt folgendermaßen:

Zum Schluß müssen die alliierten und assoziierten Mächte klar feststellen, daß diese Note und die ihm beigefügte Denkschrift ihr letztes Wort bedeuten.

Sie haben die deutschen Vorschläge und Gegenvorschläge mit Sorgfalt und ernster Aufmerksamkeit geprüft; sie haben auf Grund dieser Prüfung bedeutende Konzeptionen in der praktischen Anwendung gewährt.

Was aber die Grundlinien angeht, so beharren sie bei dem Vertrage. Sie glauben, daß dieser Vertrag nicht nur eine gerechte Regelung des großen Krieges darstellt, sondern auch die Grundlage schafft, auf der die Völker Europas auf dem Fuße der Freundschaft und Gleichheit miteinander leben können. Gleichzeitig schafft der Vertrag das notwendige Organ, um auf friedliche Weise alle internationalen Probleme auf dem Wege der Besprechung und Verständigung zu regeln und die Mittel zu finden, die Regelung des Jahres 1919 selbst von Zeit zu Zeit abzuändern, indem es sie neuen Tatsachen und neuen Verhältnissen anpaßt, je nachdem sie vorliegen werden. Die Regelung beruht allerdings nicht auf einer allgemeinen Absolution für die Ereignisse der Jahre 1914 bis 1918, denn sonst wäre es nicht ein Friede der Gerechtigkeit. Aber sie stellt einen aufrichtigen und durchdachten Versuch dar zur Herbeiführung „jener Herrschaft des Rechtes, die auf der Zustimmung der Beherrschten beruht und durch die organisierte Meinung der Menschheit gestützt wird“, die als Grundlage für den Frieden vereinbart worden ist.

Als ein solcher muß er in der heute vorliegenden Formulierung angenommen oder abgelehnt werden. Infolgedessen erwarten die verbündeten und assoziierten Mächte von der deutschen Delegation innerhalb von fünf Tagen, vom Tage der gegenwärtigen Mitteilung gerechnet, eine Erklärung, die ihnen zu erkennen gibt, daß sie bereit ist, den Vertrag so, wie er heute ist, zu unterzeichnen. Falls die deutsche Delegation innerhalb der angegebenen Frist erklärt, daß sie bereit ist, den Vertrag so, wie er heute ist, zu unterzeichnen, so werden die Dispositionen für die sofortige Unterzeichnung des Friedens in Versailles getroffen werden. Mangels einer solchen Erklärung stellt die gegenwärtige Mitteilung die Ankündigung dar, die in Artikel 2 der Konvention vom 16. Februar 1919 vorgesehen ist, durch die der am 11. November 1918 abgeschlossene und durch die Konventionen vom 13. Dezember 1918 und 16. Januar 1919 verlängerte Waffenstillstand weiter verlängert wurde. Es wird infolgedessen der gedachte Waffenstillstand beendet werden, und die verbündeten und assoziierten Mächte werden diejenigen Maßnahmen ergreifen, die sie für notwendig erachten werden, um ihre Bedingungen aufzuerlegen. gez. Clemenceau.

Die Volksratsbewegung

Die politischen Auswirkungen der Danziger Tagung des Volksratsausschusses treten von Tag zu Tag mehr hervor. Der parlamentarische Aktionsausschuß der Nordgruppe der Ostmark beruft sich in seiner Kundgebung vom 14. d. Mts. ausdrücklich auf die Mitarbeit der Volksräte sowie der mit ihnen vereinigten Organisationen des Ostdeutschen Heimatdienstes, und Reichskommissar Winnig hat soeben in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, deren Inhalt sich mit den Forderungen der Volksratsbewegung in völligem Einklang befindet. Diese beiden Tatsachen verdienen eine tiefere Beachtung. Beide Kundgebungen wurden erst möglich, als sich die Erkenntnis durchgedrückt hatte, daß der gewaltige Zug, der jetzt durch die Ostmark geht und in der Volksratsbewegung am klarsten zum Ausdruck kommt, einzig und allein dem Willen ihrer Volksmehrheit entspringt, deutsch zu bleiben, und daß dabei keinerlei politische Nebenabsichten verfolgt werden. Der parlamentarische Aktionsausschuß, dessen einzelne Mitglieder ihre Parteigegensätze und Parteiinteressen vor dem einen großen Ziele, der Deutscherhaltung der Ostmark, zurückstellen, der sozialdemokratische Reichskommissar, der seine Aufgabe nicht in der Förderung einer Partei, sondern in der Rettung des gesamten Deutschtums in der Ostmark sieht — beide befinden sich auf dem gleichen Wege wie der Volksrat der Ostmark, der auf einen parteilosen Zusammenschluß der deutschen Bevölkerungsteile zu einer wirklichen Volksgenossenschaft hinarbeitet. Unsere

Rettung vor polnischer Versklavung wird allein durch unsere innere Geschlossenheit verbürgt, und die beiden Kundgebungen beseitigen das hauptsächlichste Hindernis, das der Bildung der Geschlossenheit entgegensteht, das gegenseitige Mißtrauen. Unter diesem wechselseitigen Mißtrauen hatte die Ostmark zu leiden und leidet auch heute noch. Maßgebende, der Koalitionsregierung nahestehende Kreise können ein unbestimmtes Mißtrauen gegen die in der Ostmark sich geltend machenden Bestrebungen nicht unterdrücken, und auch in der Ostmark selbst fühlen sich an manchen Orten sozialdemokratische Parteiorganisationen infolge mißverständlicher Auslegung des zum Ausbruche drängenden Volkswillens beunruhigt. Man wittert reaktionäre, antisozialistische Bestrebungen sowie separatistische Tendenzen, während es sich in Wirklichkeit nur darum handelt, daß die Ostmark ihr Schicksal nicht von der Zukunft des gesamten deutschen Volkes trennen will. Wie das deutsche Volk seine Zukunft gestalten wird, ist Sache des auf verfassungsmäßigem Wege zur Geltung gelangenden Volkswillens; die Ostmark ist sich darin einig, daß sie der Lösung dieser Frage weder vorgreifen kann noch darf. Die Volksratsbewegung läßt sich nicht von nationalistischem Gefühl, sondern ausschließlich von der Erkenntnis leiten, daß mit der Preisgabe der Ostmark nicht allein das ostmärktische Deutschum vernichtet, sondern auch die Zukunft des gesamten deutschen Volkes gefährdet wird. Die Führung des Kampfes gegen die Vergewaltigung der Ostmark bedeutet demnach neben der Pflicht zur Selbsterhaltung auch eine Pflicht gegen das deutsche Volk überhaupt. Nationalistische Auswüchse wird die Ostmark selbst ausmerzen, und es kann nur dringend davor gewarnt werden, in ihnen irgendwie gefährliche oder beachtenswerte Anzeichen zu sehen. Diese Warnung gilt ebenso sehr für die unorientierten Ansichten gewisser extrem rechtsstehender Blätter wie für die dem mittleren linken Flügel angehörende Presse, die sich dadurch beunruhigt zeigt. Die Ostmark ist kein Feld für eigennützige Experimente, auch nicht für Betätigung gefühlsmäßiger Politik. Gewisse Erwartungen und gewisse Befürchtungen fallen damit in sich selbst zusammen, da ihnen jede reale Unterlage fehlt.

Die Beseitigung des Mißtrauens allein kann den Weg zur Herstellung der inneren Geschlossenheit des gesamten ostmärktischen Deutschums ebnen. Der parlamentarische Aktionsausschuß und der sozialdemokratische Reichskommissar haben sich entschlossen in den Dienst dieser Aufgabe gestellt. Wer argwöhnisch abseits stehen bleibt, setzt sich der Gefahr aus, eigennütziger Absichten bezichtigt zu werden. Jedem steht es frei, sich der großen durch die Ostmark gehenden Volksratsbewegung anzuschließen und in und mit ihr an dem einen großen Ziele mitzuarbeiten, der Erhaltung des Deutschums.

Aus den Deutschen Volksräten

Dem Ausschuß der Vereinigten Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens wurden am 12. Juni folgende Entschlüsse gefaßt und auf dem Drahtwege weitergeleitet:

„Reichsregierung Berlin.

Unmittelbar vor der Entscheidung über das Schicksal der Ostprovinzen erneuern von allen Schichten der deutschen Bevölkerung des Ostens berufene Vertreter, die als ständiger Ausschuß der Vereinigten Deutschen Volksräte und des ostpreußi-

schen Heimatdienstes des Ostens hier tagen, das Gelöbnis des Festhaltens an Reich, erwarten aber, daß die Regierung jede Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes von Millionen Deutscher in unseren Provinzen zurückweist. Bleibt die Regierung dem deutschen Volke der Ostmark an sich in der entscheidenden Stunde treu, dann wird dieses Volk Treue mit Treue erwidern.

Volksratsausschuß. J. A.: C l e i n o w.“

*

„Grafen Brockdorff-Rantzau, Versailles.

Der in Danzig ständig tagende Ausschuß der Vereinigten Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens übermitteln das felsenfeste Vertrauen von Millionen Deutschen der Ostmark, daß Euer Exzellenz keine Vergewaltigung ihres Selbstbestimmungsrechtes zulassen werden. Amerikanische und englische Journalisten haben dieser Tage mit eigenen Augen die erschütternden Kundgebungen der Ostmarken-Deutschen gesehen und ihren eisernen Willen, unter allen Umständen deutsch zu bleiben, kennen gelernt. Die ganze Ostmark ist eines Willens, die geplante gewaltsame Auslieferung an eine kulturell rückständige Nation zu verhindern! In diesem Sinne steht das Deutschtum der Ostmark geschlossen hinter Euer Exzellenz und will lieber den Abbruch der Verhandlungen mit seinen schweren Folgen, als eine Preisgabe seiner nationalen Existenz tragen.

Volksratsauschuß. J. A.: C l e i n o w.“

*

„Reichswehrminister Noske, Weimar.

Der in Danzig ständig tagende Ausschuß der Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens bekundet als berufener Vertreter aller Schichten und Massen der deutschen Bevölkerung der Ostmark unmittelbar vor der hereinbrechenden Polengefahr noch einmal sein festes Vertrauen zum Reichswehrminister. Die ganze Ostmark steht einmütig hinter Ihnen. Millionen Deutsche blicken mit Zuversicht auf Ihre Entschlossenheit, die Ostmark vor der nahenden polnischen Flut für das Deutsche Reich zu sichern und zu retten.

Volksratsauschuß. J. A.: C l e i n o w.“

*

„Exzellenz Generalfeldmarschall
v. S i n d e n b u r g, Großes Hauptquartier

Dem Befreier der Ostmark sendet der in Danzig ständig tagende Ausschuß der

Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens seinen Gruß.

Volksratsauschuß. J. A.: C l e i n o w.“

*

„Herrn Reichskommissar Winnig,
Königsberg.

Als Zeichen der Einmütigkeit mit Ihrer Auffassung über die Aufgaben der deutschen Politik in der Ostmark sendet der in Danzig ständig tagende Ausschuß der Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens seinen vertrauensvollen Gruß.

Volksratsauschuß. J. A.: C l e i n o w.“

*

„Oberpräsidenten v. S c h n a c k e n b u r g,
Danzig.

Der Ausschuß der Vereinigten Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens ist zur ständigen Tagung in der Hauptstadt Ihrer Heimatprovinz versammelt, um alle Kräfte geschlossen für die Erhaltung dieser schönen Provinz beim Reiche einzusetzen. Mit besonderer Freude begrüßt der Volksratsauschuß, daß ein Sohn Westpreußens nun an der Spitze der Provinz steht und hegt aus dieser engen Zugehörigkeit die feste Zuversicht, daß das westpreußische Volk in diesen schweren Tagen der Not in Ihnen einen Mann erblicken kann, dem es rückhaltlos sein Vertrauen schenken darf.

Volksratsauschuß. J. A.: C l e i n o w.“

*

„Herrn v. B a t o c k i, Königsberg.

Die in Danzig zu ständiger Tagung versammelten Vertreter der Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens senden Euer Exzellenz treuen deutschen Gruß in der Gewißheit, daß das deutsche Volk des Ostens in seiner Schicksalsstunde in Ihnen einen starken Kämpfer für die Erhaltung des Deutschtums und der deutschen Interessen in den Ostprovinzen erblicken darf.

Volksratsauschuß. J. A.: C l e i n o w.“

*

Kleine Nachrichten

Notenwechsel über die Haller-Armeen

Eine ganze Reihe höchst beunruhigender Meldungen über die Verschärfung der Lage an der deutsch-polnischen Demarkationslinie haben Reichsminister Erzberger veranlaßt, am 12. Juni folgendes Schreiben an den General Dupont zu richten, den Chef der französischen Militärmission in Berlin, welchem zugleich die Verbindung mit der interalliierten Kommission in Warschau obliegt:

Herr General!

Der Reichsregierung ist folgender polnischer Befehl zur Kenntnis gebracht:

Armee Haller — Teile der französischen Armee, die in der Mehrzahl aus deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen Polen bestehen, also Landsleute des jetzigen polnischen Reiches — wird jetzt der polnischen Armee zugeteilt.

Die Republik Polen befindet sich im Kriegszustand mit Deutschland, sie hat auch das Recht, die Armee Haller gegen Deutschland zu verwenden.

Auf Veranlassung des Kriegsministeriums vom 3. 6. 19 werden zwei Divisionen der Haller-Armee in den nächsten Tagen nach Posen abtransportiert und dann sofort auf der ganzen Front verteilt.

Unterschrift Generalstab

Posen Z.-Nr. 378/46/A 19
gez. Dombrowski, Generalmajor. 8. 6. 19.

Ferner gehen nach abgehörten Gesprächen bei Lissa die Leerzüge der Hallertransporte nicht mehr zurück und erfolgen Ausladungen gegen Deutschland, da Befehl zum Angriff in den nächsten Tagen erwartet wird.

Außerdem sind folgende Telefongespräche zwischen Posen und Kankel bekannt geworden:

a) Es sind keine Leerzüge mehr nach Lissa herauszuschicken, da heute oder mor-

gen der Angriffsbefehl kommt. Die letzten Hallerzüge werden spätestens übermorgen kommen.

b) 1 Uhr 12 Minuten kommt Hallerzug, er wird in Kankel ausgeladen. Sämtliche Hallerzüge, die noch kommen, werden in Krotoschin und Bogutschin, Bunih und Kankel ausgeladen.

Endlich wurde in den letzten Tagen gemeldet:

a) Nach mehrfachen Aussagen von Ueberläufern sind aus Hallertruppenteilen in Warschau Mannschaften herausgezogen, in Abteilungen von mehreren 100 Mann zusammengestellt und nach Posen befördert worden.

b) In einem Funkpruch vom 7. 6. französischer Martext von Posen an Eiffelturm an das Kriegsministerium Paris, unterschrieben von General Dombor-Musnicki, wird gebeten, vier Eisenbahnwagen mit Pneumatiks und Material zur Ausbesserung, die sich auf dem Wege über St. Didier durch Deutschland nach Posen befinden, umzuleiten, da sich die Lage verschärft habe.

Diese polnischen Maßnahmen würden, falls sie zutreffen, den Vereinbarungen des Waffenstillstandes und auch den mündlich gegebenen Zusicherungen des Marschalls Koch widersprechen.

Es ist bei den örtlichen Behörden durch diese Maßnahmen eine starke Erregung entstanden, wodurch unerwünschte Konflikte hervorgerufen werden können.

Ich bitte daher um unverzügliche Klärung und Abstellung, für den Fall, daß die Nachrichten den Tatsachen entsprechen sollten, da die Reichsregierung sonst zu sofortiger Einstellung der Hallertransporte gezwungen wäre.

Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit darf ich einer Antwort im Laufe des morgigen Tages ergehenst entgegensehen.

Reichsminister Erzberger."

Berlin, 14. Juni. (Wolff.) Auf die Anfrage des Vorsitzenden der internationalen Waffenstillstandskommission in Spa, General Rudant, ob sich die Nachricht von einer deutscherseits veranlaßten Unterbrechung der Transporte der Haller-Armee bestätigt, antwortete Erzberger durch folgende Note:

Örtliche deutsche Befehlsstellen an der deutsch-polnischen Demarkationslinie haben ohne Wissen der Obersten Heeresleitung und ohne meine Zustimmung aus eigener Initiative auf Grund der ihnen bekannt gewordenen, von mir General Dupont in einer Note vom 12. Juni mitgeteilten Meldungen über polnische Angriffsabsichten die Hallerschen Transporte angehalten. Ich ersuchte Dupont um Aufklärung über diese Meldungen und ersuchte um Abstellung für den Fall, daß die Nachrichten den Tatsachen entsprechen sollten. Die deutsche Regierung hat durch die loyale Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen vor aller Welt gezeigt, daß es ihr Bestreben ist, die schweren übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Sie ist auch ernstlich gewillt, den Spaer Vertrag vom 4. April restlos durchzuführen und hat dies während zweier Monate trotz mancher Bedenken der deutschen Bevölkerung durch die Tat bewiesen. Sie muß dabei allerdings voraussetzen, daß auch von polnischer Seite nicht gegen den Vertrag verstoßen wird. Vor der durch General Dupont herbeigeführten Erklärung will sie die Nachrichten über polnische Angriffsabsichten nicht zur Grundlage ihres Verhaltens machen. Sie weist aber darauf hin, daß nach dem Artikel 16 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 der freie Zugang der Alliierten zu den von den Deutschen an ihren Ostgrenzen geräumten Gebieten lediglich zum Zwecke der Verpflegung und Aufrechterhaltung der Ordnung vereinbart worden ist. Im Artikel 3 des Spaer Abkommens vom 4. 4. wird durch ausdrückliche Bezugnahme auf den eben genannten

Artikel erneut bestimmt, daß die beförderten polnischen Truppen lediglich zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den von den Deutschen an ihren Ostgrenzen geräumten Gebieten bestimmt sind. In dem Zusatzabkommen zu dem Protokoll vom 4. 4. ist ausdrücklich vereinbart, daß die Transportzüge nach ihrer Entladung in kürzester Frist auf demselben Wege von den Polen zurückgeführt werden müssen. Nach einer Meldung der deutschen Obersten Heeresleitung sind seit gestern morgen die Leertzüge nicht mehr zurückgegeben worden.

Die deutsche Regierung läßt es dahingestellt sein, ob die polnische Maßnahme eine Verwirklichung der verschiedenen vorhergegangenen Meldungen ist, wie sie General Dupont gestern mitgeteilt worden sind. Sie stellt das Aufhören der Rückgabe des Leermaterials lediglich als Tatsache fest. Die deutsche Regierung kann ihre Bereitschaft zur Durchführung der Hallerschen Transporte nicht besser beweisen, als dadurch, daß sie die örtlichen deutschen Befehlsstellen anweisen ließ, die Transporte vorerst fortzusetzen. Hinsichtlich der Rückführung des Leermaterials aus Polen über Fraustadt erklärt sich die deutsche Regierung mit der in der Note vom 13. Juni durch Marschall Foch gegebene Erklärung befriedigt, erwartet aber rascheste Aufklärung über die in der gestrigen an General Dupont übergebenen Note enthaltenen Meldungen.

Die in der Note erwähnte Erklärung Fochs vom 13. Juni, deren Kenntnis für die Beurteilung des Zusammenhangs nötig ist, war an General Rudant in Spa gerichtet und lautet folgendermaßen:

„Ich gebe der französischen Mission in Warschau die nötigen Befehle, damit die leeren Achsen zu gleicher Zeit mit vollen Zügen in Lissa eintreffen. Ich bitte Sie, davon die deutsche Delegation zu benachrichtigen, indem Sie sie jedoch darauf aufmerksam machen, daß durch höhere Gewalt Verzögerungen eintreten

können. Ich ersuche darum, daß die vollen Züge regelmäßig von Lissa abfahren, selbst wenn leere Züge noch nicht angekommen sind. Falls die sechs leeren Züge, die innerhalb 24 Stunden in Lissa ein treffen müssen, nicht ankommen oder mit bedeutender Verspätung, müssen Sie mich sofort in Kenntnis setzen, damit ich von neuem einschreiten kann."

Die durch Erzberger von dem Chef der französischen Militärmission in Berlin, Dupont, geforderte Aufklärung über die übereinstimmend gemeldeten polnischen Angriffsvorbereitungen ist von General Dupont zwar noch nicht erteilt, jedoch enthält die Empfangsbestätigung, welche auf die antragende Note vom 12. Juni an die Waffenstillstandskommission in Berlin am 13. Juni gerichtet worden ist, den Satz: Die polnischen Behörden wurden über die in der Note gemeldeten Zwischenfälle telegraphisch um Auskunft gebeten.

(„Frankf. Ztg.“ Nr. 430 vom 16. Juni)

Der polnische Aufmarsch gegen Deutschland

Von der Haller-Armee hat auf dem Durchmarsch durch Deutschland nach der 1., 2., 3., 6. und Lehr-Division etwa die Hälfte der 7. Division polnisches Gebiet erreicht. Mit den Transporten der letzten Tage sind auch die Tankgeschwader der einzelnen Divisionen (ein Geschwader zu 24 Tanks) durch Deutschland durchgekommen. Polnisches Gebiet haben damit bereits mindestens 72 Einheiten dieser Waffe erreicht, über die wir Deutschen bekanntlich nur in außerordentlich geringer Anzahl verfügen.

Die Lage an der polnischen Ostfront tritt vollkommen zurück vor den Ereignissen an der polnisch-deutschen Grenze. Polen befindet sich im vollen Aufmarsch gegen Deutschland, und zwar mit allen verfügbaren Truppen seiner auf 300 000 Mann zu berechnenden Streitkräfte, zu denen die 50 000 Mann der Deutschpolen

in der Provinz Posen hinzuzurechnen sind. An der Ostfront sind angesichts der dort von den Bolschewiki in kaum nennenswerter Weise drohenden Gefahr nur die allernotwendigsten Kräfte belassen worden, alles irgendwie Entbehrliche befindet sich auf dem Abtransport nach den deutschen Grenzen. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß der Aufmarsch der Polen in vollen Gange ist: Hohe Stäbe sind an die deutschen Grenzen heran verlegt worden, der Stab von Haller selbst angeblich nach Krakau. Hohe Offiziere — es handelt sich meist um französische Generäle — besichtigen die in der Nähe der deutschen Grenzen bereits angekommenen Truppen. Die polnischen Dörfer an der deutschen Grenze müssen bis zu bestimmten Terminen, — anscheinend zur Freimachung von Quartieren, — geräumt werden. Truppenteile, die in der Ukraine abgekämpft waren, erscheinen nach Wiederauffüllung und langer Erholungszeit an der deutschen Grenze.

Sämtliche Hallerschen Divisionen sind unseren Grenzen gegenüber zusammengezogen worden, und zwar zwei Divisionen der Hallerschen Armee, die bisher anstatt zur Bekämpfung der Bolschewiki, zur Niederungung der ukrainischen Anti-Bolschewisten Verwendung gefunden hatten, stehen gegenüber dem oberschlesischen Kohlengebiet bei Czestochau, wo sie kürzlich vom General Haller besichtigt wurden, und bei Auschwitz zum Vormarsch bereit. — Drei Divisionen Hallers stehen gegenüber der ostpreussischen (2) und der westpreussischen (1) Südgrenze. Die der Zahl nach sechste Haller-Division, der Nummer nach die siebente, ist zunächst für Lodz bestimmt. Sollte diese Division die letzte der durch Deutschland zu transportierenden sein, so ist damit zu rechnen, daß die Polen nach Beendigung des Transportes die Maske fallen lassen und die Hallerschen Divisionen auch in der Provinz Posen einsetzen.

Nach Warschauer Zeitungen hat auf dem Kalischer Bahnhof bereits Ende Mai

eine Zusammenkunft zwischen Pilsudski und dem Posenschen Oberkommandierenden Dowbor Musnicki stattgefunden. Hierbei hat sich Dowbor Musnicki mit seinen Truppen dem Oberbefehl Pilsudskis unterstellt. Auch dies weist darauf hin, daß demnächst mit der Verstärkung der posenschen Nordgruppe, die voraussichtlich den Angriff auf die Linie Schneidemühl — Bromberg — südwestlich Thorn, eröffnen dürfte, durch kongreßpolnische Truppen zu rechnen ist.

Durch zahlreiche Bahnsprengungen ist bereits östliche Kreuzburg und südlich Rosenberg die für unsere militärischen Gegenmaßnahmen außerordentlich wichtige Bahnlinie Breslau—Kreuzburg—Tarnowitz unterbrochen worden. Dies läßt auf eine großzügige Leitung des gesamten polnischen Aufmarsches und seines baldigen Abchlusses schließen.
(„Dtsh. Tagesztg.“ v. 11. Juni Nr. 285.)

Die Polengefahr in Oberschlesien

Oppeln, 12. Juni.

Oberschlesien verlebt jetzt aufregende Tage. Der Pfingstputsch der Polen im Kreise Rosenberg und die Versuche, strategisch wichtige Eisenbahnstrecken zu sprengen, haben einen Blick in die ganze Größe der Gefahr tun lassen. Wie wir hören, sind jetzt deshalb militärische Verstärkungen des Grenzschutzes in Oberschlesien angekommen.

Der Putsch in Rosenberg stellt sich mit Sicherheit als ein Verzweiflungsunternehmen der dortigen Polenfürher heraus. Die Hochverräter wollten nach Posener Muster einfach Rosenberg am Sonntag dem Polenreiche einverleiben. Durch die Nähe der Hallerschen Armee glaubten sie sich genügend im Rücken geschützt. Die Anschläge, die am ersten Feiertag im Rosenberger Kreise verbreitet wurden, begannen mit den Worten: „Bauern, wir gehören seit heute dem polnischen Staate an. Verhaltet Euch ruhig. Befolgt genau, was Euch von Euren polnischen Führern gesagt wird.“

Bei dem Polenfürher Soika in Lomowschau fand man äußerst wichtige Schriftstücke und ein Verzeichnis der polnischen Bandenführer vergraben. Leider entkam Soika, ebenso der Pfarrer Kutschka aus Wyssoka und der Rittergutsbesitzer von Laszewski, Kutschkas rechte Hand. Der Großpole Mureck, der bei der Verhaftung Widerstand leistete, wurde erschossen.

Reichskommissar Winnig über die Gefahr für den deutschen Osten

Berlin, 14. Juni. Die Entschlossenheit der Reichsregierung, die Ostprovinzen gegen den polnischen Einmarsch mit bewaffneter Hand zu schützen, geht aus einer Erklärung des Reichskommissars Winnig hervor, zu deren Wiedergabe die Presse ermächtigt wird. Es heißt darin u. a.:

Die Bevölkerung des Ostens soll wissen, daß sie sich auf die Regierung verlassen kann. Die jetzige Regierung wird einen Frieden, der den Osten preisgibt, niemals annehmen und unterzeichnen. Die Regierung ist entschlossen, einen polnischen Einmarsch in die strittigen Gebiete des Ostens mit den Waffen in der Hand abzuwehren, ganz gleich, ob dieser Einmarsch noch vor Abbruch der Friedensverhandlungen gewagt werden sollte, was nach einigen Fällen an der Demarkationslinie nicht unmöglich erscheint, oder ob er erfolgen sollte, nachdem die Verhandlungen durch die Weigerung der Reichsregierung, diesen Frieden zu unterzeichnen, zum Abbruch gekommen sind: in jedem dieser Fälle ist die Regierung bereit, einer polnischen Besitzergreifung der Gebiete mit den Waffen in der Hand entgegenzutreten. Sie setzt dabei voraus, daß die überwältigende Mehrheit des Volkes zu den Versicherungen steht, die in so vielen erhebenden Kundgebungen zum Ausdruck kamen. Gestützt auf den Willen der Bevölkerung, wird die Regierung das Höchste daran setzen, um das Deutschtum des Ostens vor der Polonisierung zu schützen.

Ich füge hinzu, auch wenn die Regierung infolge ihrer Ablehnung des Gewaltfriedens durch eine anders wollende Minderheit gestürzt und durch Leute ersetzt würde, die zur Unterzeichnung des Gewaltfriedens bereit wären, werden wir uns im Osten einer solchen Entscheidung nicht beugen. Die Bevölkerung des Ostens muß allerdings bereit sein, die Folgen einer solchen festen Haltung auf sich zu nehmen. Der Kampf um unsere Behauptung im Osten wird schwer sein, aber nicht aussichtslos, wenn die Bevölkerung nationale Disziplin hält und opferwillig das Letzte einsetzt. Wir werden die Waffen zum Widerstand ergreifen in dem Bewußtsein, so zu handeln, wie wir es unserm Volke und seiner Zukunft schuldig sind. Sollte es uns nicht möglich sein, durch unseren Widerstand das Reich zu retten, so retten wir doch Provinzen, versagt uns das Schicksal selbst dies, so retten wir das Letzte und Höchste, das ein Volk zu verteidigen hat: die deutsche Ehre!"

(Deutsche Allg. Ztg. vom 16. Juni, Nr. 437.)

Reichskommissar Otto Hörning an den Reichsministerpräsidenten Scheidemann

„Wie einwandfrei festgestellt, stehen an der oberschlesischen Grenze Haller-Truppen. Oberschlesische bestochene und gekaufte Polen sprengen dauernd Eisenbahnbrücken und beschädigen die Bahnkörper, wodurch die Abfuhr der Kohlen und die Zufuhr von Lebensmitteln gefährdet ist. Polnische und spartakistische Agenten organisieren Unruhen und Aufstände in Oberschlesien sowie in den Industriegebieten und Städten Schlesiens und Westpomens. Diese mit ausländischem Geld ausgeführten Verbrechen finden ihren Rückhalt darin, daß täglich Züge mit Haller-Truppen, wie ich es dieser Tage selbst gesehen, durch Deutschland nach Polen rollen und so die feindliche Heeresmacht im Osten verstärken. Wenn auch

eine direkte Gefahr von außen wie von innen dank der Tüchtigkeit unserer Truppen und ihrer Führer sowie des größten Teiles der Beamten und der Bevölkerung nicht zu befürchten ist, so ist es nicht ausgeschlossen, daß Putzche versucht werden in dem Glauben, von jenseits der Grenze Hilfe zu bekommen. Bei diesen Putzchen, die ich mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln unterdrücken werde, kann Menschen- und besonders Arbeiterblut fließen, und zwar Blut der Unschuldigen, die von den Putzchisten auf die Straße gebracht worden sind, um dann selbst zu verschwinden. Die Hoffnung auf die Armee Haller, die dem kleinen polnischen Teil der oberschlesischen Bevölkerung täglich eingemipft wird, womit man sie zu Putzchen aufreizt, muß aber so schnell als möglich verschwinden. Dieses ist aber nur möglich, wenn die Transporte der Armee Haller sofort eingestellt werden. Ich weiß, daß Sie und die Regierung gezwungenerweise den Truppentransporten zugestimmt haben. Da aber die Polen täglich die Ruhe stören, die Demarkationslinie nicht achten, so dürfte die Regierung ihrer übernommenen Verpflichtung gleichfalls entgehen sein. Im Interesse unseres Ostens, und zwar des Friedens nach außen, der Ruhe und Ordnung im Innern, bitte ich, wohl unter Zustimmung von 90 v. H. der Bevölkerung des mir unterstellten Gebietes, die Truppentransporte der Armee Haller sofort einzustellen und mir Nachricht zukommen zu lassen.

Der Reichs- und Staatskommissar für
Oberschlesien und Westpreußen.

Hörning.

Der Besuch von Ententevertretern und neutralen Journalisten in Nakel. In Nakel gestaltete sich der Empfang der amerikanischen und englischen Pressevertreter zu einer spontanen Massentumgebung. Auf dem Bahnhof wurden sie von dem Bürgermeister, von Stadtverordneten und dem Arbeiterrat empfangen. Kleine Mädchen, festlich gekleidet und mit schwarzen

weiß-roten Bändern geschmückt, begrüßten sie mit patriotischen Gesängen. Ergreifend war ihre Begeisterung; eine jede war von demselben Wunsche beseelt: „Deutsch sind wir und deutsch wollen wir bleiben.“ Dies stand auch auf den Plakaten, die von vielen Mädchen und Knaben getragen wurden. Nur langsam konnte sich der Zug durch die dichtgedrängten Menschenmassen nach dem Markt bewegen. Hier hatte sich eine vieltausendköpfige Menge angesammelt. Der Arbeiter, der Handwerker, der Bauer, der Kaufmann und der Beamte, sie alle hatten ihre Arbeit verlassen und waren herbeigeeilt, um ihren unerschütterlichen Willen zu bekunden, sich unter keinen Umständen vom deutschen Vaterlande losreißen zu lassen. Auch die drei Kompagnien der Einwohnerwehr waren erschienen, um die Pressevertreter von dem festen Willen und dem Ernst der deutschen Bevölkerung zu überzeugen, ihre Angliederung an Polen unbedingt zu verhindern. Bei dem von den Polen geschändeten Kriegerdenkmal wurden die Veteranen vorbeigeführt. Im Rathaus bewies der Bürgermeister an der Hand amtlichen Materials, daß Ratel eine deutsche Stadt ist, daß 80 v. H. der Steuern von den Deutschen aufgebracht werden, daß die Häuser und der Grund und Boden zum größten Teile in den Händen der Deutschen sich befinden, daß Ratel nur eine Zeitung, und zwar eine deutsche besitzt. Mit großer Sachlichkeit wurde von den Journalisten auf die behandelten Fragen eingegangen. Über die militärische Lage und den Bruch des Waffenstillstandes berichtete der Abschnittskommandant. Der Vertreter der Arbeiterschaft legte das Gesöbnis ab, daß die gesamte Arbeiterschaft beim Deutschen Reiche verbleiben will, da sie nur so der Segnungen der sozialen Fürsorge teilhaftig bleiben kann, und er betonte, daß die Industrie hier ausschließlich in deutschen Händen ist. Dies verfehlte auch seinen Eindruck auf die Vertreter der großen Industriebölkter nicht. Was sie hier gesehen und gehört haben, hat sicherlich bei

den Pressevertretern den Eindruck hinterlassen, in einer deutschen Stadt gewellt und eine Bevölkerung in der Ostmark kennengelernt zu haben, die gewillt ist, zum Letzten und Äußersten für die Erhaltung ihrer Nationalität einzutreten.

Die Kundgebung des parlamentarischen Aktionsausschusses Nord

Danzig, 14. Juni. „Die in den letzten Tagen sich mehrenden Kundgebungen und Anfragen an die deutsche Regierung von der Bevölkerung der bedrohten Gebiete des Ostens lassen erkennen, daß in vielen Kreisen noch nicht genügend Klarheit über die Tätigkeit und Aufgaben des in Danzig tagenden parlamentarischen Aktionsausschusses Nord herrscht. Um allen Zweifeln zu beseitigen, sei deshalb nochmals ausdrücklich festgestellt, daß es die erste und vornehmste Aufgabe des Aktionsausschusses Nord ist, die bedrohten Gebiete des Ostens dem Deutschen Reiche zu erhalten. Bei der Milet hierfür stützt sich der Aktionsausschuss in dem alle politischen Parteien des Ostens von den Mehrheitssozialisten bis zu der Deutschen nationalen Volkspartei vertreten sind, vor allem auf die Mitarbeit der Parteiorganisationen, aber auch auf alle Verbände, die das gleiche Ziel — die Erhaltung des Deutschtums im Osten — verfolgen, insbesondere auf die Deutschen Volksräte und die Organisation des Heimatsdienstes. Nur diese Zusammenarbeit aller für die Erhaltung des Deutschtums tätigen Institutionen unter der verantwortlichen Führung des parlamentarischen Aktionsausschusses sichert die Erreichung des angestrebten Zieles.“

Berlin, 14. Juni. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Einige Blätter melden den Abtransport von Heeresgut und anderen Werten, insbesondere auch von Zuchthengsten aus Westpreußen. Sie knüpfen hieran die Befürchtung, daß die Regierung dabei

sei, den deutschen Osten preiszugeben. — Es ist schwer verständlich, wie derartigen Einzelvorgängen, selbst wenn sie zutreffen sollten, irgendwelche Bedeutung zugeschrieben werden kann. Sowohl die Reichsregierung wie die Preußens haben wiederholt feierlich erklärt, daß sie den deutschen Osten unter allen Umständen gegen jeden frevelhaften Angriff schützen werden. Einer solchen Absicht dienen sämtliche in Westpreußen getroffenen Maßnahmen.

(„Frankf. Ztg.“ vom 16. Juni Nr. 437)

Systematischer Vertragsbruch

Thorn, 12. Juni. Der polnische Generaldelegierte für amerikanische Lebensmitteltransporte nach Polen, dessen Sitz Danzig ist, machte dem Warschauer Verkehrsministerium telegraphische Meldung, die Eisenbahndirektion Danzig habe der polnischen Lebensmitteltransport-Kommission mitgeteilt, daß wegen systematischer Nichterfüllung der Vertragsbedingungen durch die polnische Regierung, bestehend in Nichtrücksendung leerer Güterzüge, der gesamte Güterverkehr mit Lebensmitteln nach Polen eingestellt werden müsse. Desgleichen drohe die amerikanische Kommission mit der Unterbrechung der Transporte. Die Amerikaner hätten bereits sehr ungünstige Berichte über grenzenlose Zerrüttung der polnischen Eisenbahnen nach Paris entsandt mit der Erklärung, unter solchen Umstän-

den nicht weiterarbeiten zu können. Acht Großschiffe mit Mehl und Getreide lägen im Danziger Hafen. Der Generaldelegierte Jelowicki fordert vom Warschauer Verkehrsministerium dringend Abhilfe.

(Deutsche Allg. Ztg.).

Ausweisung der russischen Juden.

Berlin, 13. Juni. Das jüdische Bureau in Kopenhagen meldet: Die polnische Regierung hat ein Gesetz, betreffend die Ausweisung aller russischen Juden aus Polen ausgearbeitet, 60 000 Juden werden durch diese Maßnahme betroffen. Viele davon leben seit Dezennien in Polen. Die Ausweisung ist für sie katastrophal. 900 Ausweisungsbefehle wurden bereits erlassen. Alle jüdischen Post- und Telegraphenbeamten im Gebiete von Lemberg, 400 an der Zahl, wurden entlassen. Der polnische Minister des Innern hat an alle Verwaltungskörperschaften ein antisemitisches Zirkular provozierenden Inhaltes gerichtet. Die Juden behaupten, das Zirkular sei gleichbedeutend mit der Aufforderung zu Pogromen.

(„Frankf. Ztg.“ vom 15. Juni Nr. 434)

Danzig, 15. Juni. Eine polnische Rückwanderungsgesellschaft, die den Strom der polnischen Rückwanderer aus Amerika nach Danzig lenken soll, wurde gegründet. Für Ankunft dieser Polen werden umfangreiche Vorbereitungen getroffen.

(„Frankf. Ztg.“ vom 16. Juni Nr. 437)

74

G. HURRELMAYER
BUCHBINDEEI
PAPIERHANDLUNG
SCHILLERSTR. 21